

Demokratie stärken



SCHWERPUNKT

Demokratie: Herausforderungen und Chancen

PRAXIS_NAH

Demokratie lernen – mit sozialer Verantwortung

PUNKT_GENAU

Margit Appel: Bedeutung von Demokratie

ksoe blog

Alternatives Wirtschaften
Führung & Partizipation
Soziale Gerechtigkeit

1 mal wöchentlich
ca. 40 Beiträge pro Jahr

Sie möchten immer aktuell
informiert sein über das Erscheinen
des neuesten blog-Beitrags?

⇒ ksoe blog abonnieren unter
<http://blog.ksoe.at>

Impressum und Offenlegung nach § 25 MedienG

Medieninhaberin und Herausgeberin:
Katholische Sozialakademie Österreichs
Schottenring 35/DG, A-1010 Wien, vertreten durch
Dr.ⁱⁿ Magdalena M. Holztrattner M.A., Direktorin

Herstellerin: Medienfabrik Graz GmbH,
Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Herstellungsort: 8020 Graz / Verlagsort: 1010 Wien

Blattlinie: Nachrichten und Stellungnahmen der
Katholischen Sozialakademie Österreichs zu Fragen
des gesellschaftlichen Lebens entsprechend dem in
ihrem Statut definierten Auftrag und den Kriterien der
Sozialdokumente des kirchlichen Lehramtes.

Es werden keine Beteiligungen an Medienunternehmen
oder Mediendiensten gehalten.

Heftredaktion:

Margit Appel, Markus Blümel, Markus Hauser

Grafische Produktion: Konstanze Pichler

Alle: Schottenring 35/DG, 1010 Wien
Tel. +43-1-310 51 59, redaktion@ksoe.at

Grafisches Konzept:

Almasy Information Design Thinking

Papier: chlorfrei gebleichtes Biotop 3; Nachdruck mit
Quellenangabe (ksoe) gestattet.

Bildnachweis:

Titelbild: Alpenverein Austria/Kletterzentrum Austria;
S. 3, S. 5, S. 17, S. 26: Julian Mullan; S. 4: ÖGPB, S. 7:
Karoline Bloderer, S. 9, S. 11, S. 15: Büro f. Zukunftsfragen/
Bregenz; S. 16: Sapere Aude, S. 21: Jannis Große/
EndeGelände; S. 23: Tim Wagner/EndeGelände; S. 24:
Tania Müller/pixelio.de; S. 25: FIAN

Demokratie stärken

Mit dieser Ausgabe hältst Du/halten Sie ein inhaltlich neu konzipiertes und – von Christoph Almasy – grafisch neu gestaltetes Dossier der ksoe in Händen. Über Rückmeldung zu diesem ersten größeren Relaunch seit dem Jahr 2000 an redaktion@ksoe.at würden wir uns freuen.

Ein Danke geht an unsere GastautorInnen sowie an Konstanze Pichler, die das Dossier layoutiert hat. Margit Appel, Markus Blümel und Markus Hauser (Redaktionsteam) wünschen angenehme Lektüre!

4

- | | |
|---|--|
| <p>4 gestaltungs_räume
Politische Bildung
Soziale Demokratie
Techniken der Macht</p> | <p>18 Demokratie in Gefahr
Über technologische Verwerfungen</p> |
| <p>6 Demokratie in Krisenzeiten</p> | <p>20 Demokratie im Anthropozän
Was kann man tun?</p> |
| <p>10 Deliberative Demokratie
Bürgerräte in Vorarlberg</p> | <p>22 Konflikt als Bestandteil und Chance von Politik</p> |
| <p>12 Demokratie tun</p> | <p>24 freies_gut
Nachhaltigkeit
Lebensmittelpolitik
Führungsethik</p> |
| <p>14 Partizipative Entscheidungen in Organisationen</p> | <p>26 punkt_genau
Demokratie – unvollkommen schön</p> |

EDITORIAL



Magdalena Holztrattner
Leiterin der ksoe

Mit dem vorliegenden Dossier verbindet die ksoe zwei Zielsetzungen: die Bedeutung von Demokratie herauszuarbeiten und auf aktuelle Herausforderungen hinzuweisen. Das Dossier ist getragen von der Grundeinsicht, dass Demokratie nichts Gegebenes ist, sondern immer wieder mit Leben erfüllt werden muss und – vor allem – immer wieder gelernt werden muss. Das vorliegende Schwerpunktheft will dazu neue Einsichten geben, Lust auf Demokratie und Beteiligung machen und nützliche Hilfestellungen geben.

Als Akademie für Bildung und Beratung für den gesellschaftlichen Wandel trägt die ksoe zum Erlernen von Demokratie

und Partizipation bei - sei es auf der Gemeindeebene, der staatlichen oder der EU-Ebene wie auch in Organisationen und Unternehmen. Für die ksoe ist sozialetisches Denken und Handeln grundlegend. Sozialetik bedeutet, auch in demokratischen Staaten bestehende Verhältnisse und Positionen zu hinterfragen, begründete Standpunkte einzunehmen und konstruktive Alternativen im Sinne eines guten Lebens für alle ins Spiel zu bringen. Demokratie und soziale Rechte sind unverzichtbar und wir setzen uns dafür ein! Besonders im Jahr 2018, das uns an die Gründung unserer demokratischen Republik Österreich und an die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechtes erinnert.

gestaltungs_räume



Die ÖGPB feierte ihr 40-jähriges Bestehen in der Roten Bar im Volkstheater

<https://www.politischebildung.at>

40 JAHRE ÖSTERR. GESELLSCHAFT FÜR POLITISCHE BILDUNG

Politische Bildung als politisches Handeln

Kaum gewinnen bei Wahlen rechtspopulistische Parteien, wird von verschiedenen Seiten politische Aufklärung von BürgerInnen gefordert. Dieser Appell richtet sich zweifelsohne auch an die politische Bildung. Doch kann und soll politische Bildung gesellschaftliche Kräfteverhältnisse „zurechtrücken“ und sich für die Interessen einer bestimmten Gesellschaftsgruppe einsetzen? Wo liegen in Österreich die Herausforderungen an die politische Bildung?

Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB) beschäftigt sich seit 40 Jahren mit diesen brisanten Fragen. 1977 im burgenländischen Mattersburg gegründet, fungierte die ÖGPB als Trägerverein für das 1978 ins Leben gerufene und 1991 wieder geschlossene „Österreichische Institut für Politische Bildung (ÖIPB)“.

Nach Umstrukturierungen gliedert sich die ÖGPB heute in zwei Geschäftsbereiche – Projektförderung und Bildungsangebote/Projektberatung. Einerseits werden aus Mitteln des Bildungsministeriums und der Mitgliedsbundesländer Projekte der politischen Erwachsenenbildung in acht Bundesländern gefördert. Andererseits umfassen die Bildungsangebote Workshops, Trainings, Vorträge und Tagungen, die an ErwachsenenbildnerInnen und MultiplikatorInnen gerichtet sind. Projektberatung und Bereitstellung von Materialien zur politischen Erwachsenenbildung zählen ebenfalls zu den Aufgaben der ÖGPB.

Im Grundsatzpapier der ÖGPB werden die Reflexion über das Politische und die Förderung kritischen Bewusstseins, selbstständiger Urteilsfähigkeit und politischer Mitgestaltung als Aspekte politischer Bildungsarbeit genannt. Demokratie zu stärken, aber das Bestehende nicht unkritisch zu bejahen, stellt eine wesentliche Herausforderung dar. Das Erkennen gesellschaftlicher Machtstrukturen und das Aufzeigen struktureller Diskriminierungen sind mit Blick auf aktuelle autoritäre Entwicklungen globalen Ausmaßes notwendiger denn je. Politische Bildung ergreift Partei für die Menschenrechte und für die soziale Rechtsstaatlichkeit. In diesem Sinne ist sie per se politisches Handeln.

Autorin: Sonja Luksik, MA, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Trainerin bei der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB)

Grundeinkommen und soziale Demokratie

Die Garantie sozialer Grundrechte ist zentrale Aufgabe der Politik. Bürgerliche und politische Rechte werden erst dadurch zur Wirksamkeit gebracht. Margit Appel führte aus, dass der global lange erfolgreiche Prozess der Ausweitung politischer Rechte, des Ausbaus des Sozialstaates, etc. zum Stillstand gekommen sei. Mehr noch: die „Umverteilungsrevolution“ – repräsentative Demokratie als fortschreitende Verwirklichung des Gleichheitsprinzips – kehre sich um.

Die verbreitete Rede von der Politikverdrossenheit ortet das Problem vorrangig bei den BürgerInnen. Sinkende Partizipationsbereitschaft hängt aber mit – derzeit wieder zunehmender – sozialer Ungleichheit zusammen. Wie man aus der Wahlforschung weiß, wählen bei niedriger Wahlbeteiligung vorwiegend die sozial Bessergestellten. PolitikerInnen wiederum konzentrieren sich auf jene Milieus, die wahlrelevant sind: für von Ausgrenzung Betroffene sind die Chancen gering, ihre Interessen auf der Ebene politischer Repräsentation vertreten zu sehen.

Politik wird für die „LeistungsträgerInnen“ gemacht, wer dazu gehört, wird entlang eines – häufig rassistisch aufgeladenen – Wohlstandschauvinismus (Christoph Butterwegge) bestimmt. Es gilt, das bedingungslose Grundeinkommen als Demokratie-Dividende zu positionieren. Als individuelles, existenzsicherndes, bedingungsloses soziales Recht verankert, kann es ein wichtiger Baustein sein, die Anerkennung der BürgerInnen als politische Subjekte zu stärken und die Vertretung ihrer Interessen zu fördern.



Margit Appel sprach am 19.9.2017 zum Thema Grundeinkommen und soziale Demokratie beim ksoe-Frühstück

HERBSTTAGUNG DER KATHOLISCHEN AKADEMIKER/INNEN

Demokratie in Gefahr. Neue Techniken der Macht.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts erschüttern neue Formen der Kriegsführung, umfassende Techniken der Überwachung, eine entfesselte wirtschaftliche Globalisierung und die politischen Strategien des Populismus die Fundamente rechtsstaatlicher Demokratie. Unter dem Titel „Demokratie in Gefahr. Neue Techniken der Macht“ fand dazu die Herbsttagung des Katholischen Akademiker/innen Verbandes Österreich (KAVÖ) von 24.-25.11.2017 statt.

Das Dreieck von Wirtschaft, ArbeitnehmerInnen-Vertretungen und Staat habe sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert, so Wilfried Altzinger (WU Wien), und zwar zugunsten multinationaler Unternehmen. Die Kräfteverhältnisse hätten sich so stark verschoben, dass die wesentlichen Prinzipien von demokratischen Gesellschaften auf dem Spiel stehen. Dennoch lassen sich Möglichkeiten entdecken, um Gegenmacht aufzubauen, wie Altzinger erklärte.

Simple Antworten auf komplexe Probleme mittels der Konstruktion von Sündenböcken hätten sich vielfach bewährt, so die Diskursforscherin Ruth Wodak. Sie beschrieb den kontinuierlichen Versuch rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien, Gesellschaften in ein „wahres“, ethnisch bestimmtes Volk, und andererseits in „Eliten oder das Establishment“ zu spalten. Zu dem kommt die Abgrenzung von willkürlich definierten „Fremden“. Abgesehen von „einer Politik mit der Angst“ werde an einen Wohlfahrtsschauvinismus, an Neid wie auch an Resentiment appelliert. Zu den ReferentInnen und DiskutantInnen zählten weiters Heiner Flassbeck, Kathrin Steiner-Hämmerle, Othmar Karas u.a.

Die Vorträge werden auf www.youtube.com (Suche: KAVÖ) und in der Zeitschrift quart (<http://www.quart-online.at>) zugänglich gemacht.

Demokratie in Krisenzeiten

Herausforderungen und Chancen



Im Zuge der aktuellen Krisenrhetorik hat sich der Begriff der „Post-Demokratie“ in der öffentlichen Meinung etabliert. Obwohl die Demokratie als politisches Ordnungssystem normativ alternativlos erscheint, gerät sie momentan offenbar selbst in die Krise. Angesichts bedeutsamer realpolitischer Erschütterungen wie der Flüchtlingskrise, dem Brexit oder zahlreicher Wahlerfolge von populistischen Parteien in Europa stößt die Demokratie deutlich an ihre Grenzen. Mit Blick auf die ansteigenden nationalistischen Tendenzen ist nicht klar, ob die Demokratie womöglich grundsätzlich in Gefahr geraten ist.

Vor dem Hintergrund eines sich rasant vollziehenden gesellschaftlichen Wandels – gekennzeichnet von hohen Mobilitätsanforderungen, religiöser und politischer Radikalisierung, verstärkter Orientierungslosigkeit in einer hochkomplexen, globalisierten Welt, sowie weitreichender Veränderungen der sozialen Normen, Arbeitszusammenhänge und Familienstrukturen – stellt sich die drängende Frage, inwieweit die Demokratie in der Lage ist, angemessen auf diese multiplen Herausforderungen zu reagieren. Möglicherweise begründet gerade dieser Zweifel eine zunehmende Demokratieskepsis in der Bevölkerung.

Eine solche deterministische Einschätzung übersieht jedoch die enorme Gestaltungs- und Anpassungsfähigkeit der Demokratie, welche gerade in komplexen Krisensituationen entscheidende Vorteile bietet. Durch ihr „Pluralismusgebot“ setzt sie Reform- und Innovationskräfte frei und bezieht bei der Suche nach geeigneten Lösungswegen möglichst vielfältige Sichtweisen und Interessen ein. Gerade in Krisenzeiten sind demokratische Aushandlungsprozesse zur nachhaltigen Legitimierung politischer Entscheidungen wichtig. Demokratische Lebensformen bieten maximale Entfaltungsmöglichkeiten sowie die Sicherung der persönlichen Freiheit.

Das demokratische System – beliebig austauschbar?

Dennoch scheinen diese konstituierenden Merkmale der Demokratie immer weniger bewusst zu sein. Europaweit vertritt gemäß aktueller Umfrageergebnisse der TUI Stiftung (2017) nur die Hälfte der jungen Generation die Auffassung, die Demokratie sei die beste Staatsform. Etwa ein Viertel der Befragten ist der Ansicht, diese sei so gut oder schlecht wie jede andere Staatsform, 9% glauben, es gäbe bessere Staatsformen als die Demokratie und 13% sind in dieser Frage unentschlossen. Innerhalb der EU differieren die Zustimmungswerte deutlich und es zeichnet sich kein einheitliches Bild der Zustimmung. Hinsichtlich der bevorzugten Alternativen nennen beispielsweise 37% der französischen Be-

fragten und 39% der griechischen Befragten die direkte Demokratie. 45% der polnischen, 36% der italienischen und 31% der deutschen Befragten bezeichnen eine nicht demokratisch legitimierte Expertenregierung als beste Alternative. Als zweitbeste Alternative werden die Monarchie, ein sozialistisches bzw. kommunistisches System, die Direkte Demokratie oder die Herrschaft einer Partei oder Person ohne parlamentarische Kontrolle genannt. Einstellungen, die die demokratische Staatsform zur Disposition stellen, sind nicht nur auf die junge Generation beschränkt. Ähnliche Ergebnisse liefert der Eurobarometerbericht 2016, wonach EU-weit im Altersvergleich zwar ein schwaches Zufriedenheitsgefälle erkennbar ist. 56% der Befragten im Alter von 15-24 Jahren sind mit der Demokratie zufrieden, bei den über 55-Jährigen sind dies 52%. Im Durchschnitt betrachtet gibt bei dieser Studie aber auch nur gut die Hälfte der Befragten an, mit der Funktionalität der Demokratie in ihrem Land zufrieden zu sein, während 44% dies sogar verneinen. Zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger vertrauen ihren nationalen Parlamenten sowie den Regierungen nicht und über die Hälfte auch der EU nicht.

Mit einer derart sinkenden Akzeptanz steht die Demokratie gegenwärtig zweifelsohne vor zentralen Herausforderungen. Zum einen schwächt die abnehmende Zustimmung zur Demokratie empfindlich ihre eigentliche Aufgabe: die ihr immanente zentrale Integrations-, Partizipations- und Repräsentationsfunktion.



ksoe-Diskurscafé „Ein solidarisches Europa entwickeln“ am 9.11.2017 im Rahmen des Lehrgangs „Soziale Verantwortung“

Zum anderen verlieren offizielle politische Entscheidungsprozesse an Legitimation, wenn nur wenig Vertrauen in die Regierung gesetzt und diese von den Bürgerinnen und Bürgern nur noch als eine unter vielen Institutionen wahrgenommen wird.

Kluft zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik

Vordergründig betrachtet, werden einige Probleme durch die Demokratie selbst erzeugt. So erscheint die Mehrebenen-Politik vielen Menschen als intransparent und nicht nachvollziehbar. Angesichts der Globalisierung lassen sich wenig Einflussmöglichkeiten der nationalen demokratischen Systeme erkennen. Auch erfüllen die politischen Parteien nicht mehr ausreichend die ihnen in der Demokratie zukommende Vermittlungsfunktion zwischen dem Staat und den Bürgerinnen und Bürgern. Dieses Phänomen wird vielerorts durch eine geringe Beteiligung an den demokratischen Wahlen verstärkt.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich – zumindest teilweise – das Anwachsen populistisch-nationalistischer Bewegungen mit ihrem Protest gegen die Intransparenz. Allerdings zielen ihre im demokratischen System aufgestellten Parteien auf die Aushebelung von demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen, um eigenen Interessen, sogenannten „nationalen Volksinteressen“, Vorrang zu geben. Populismus setzt dabei auf Bedrohungs-

szenarien und einfache, totalitäre, antidemokratische Problemlösungen. Dabei stehen letztlich sowohl die Demokratie als Staatsform mit der Wahrung der Menschenrechte, der Gleichberechtigung, der freien Wahl- und Mitwirkungsmöglichkeit sowie die offene pluralistische Gesellschaft mit ihren demokratischen Grundwerten im alltäglichen Miteinander auf dem Spiel.

Noch ein weiteres entscheidendes Phänomen fordert die Demokratie heraus: die Abkopplung der Bürgerinnen und Bürger vom politischen System und den politischen Akteuren, wobei das „Volk“ und seine „Repräsentanten“ zu Gegenspielern und die gewählte Regierung zur „Kulisse“ werden. Die politische Meinungsbildung wird dabei größtenteils wenig qualifiziert im Internet vorangetrieben. Hier sind gleichermaßen die Rolle der klassischen Medien wie auch die Verantwortung der in Social Media Netzwerken Aktiven gefragt, angesichts dieser Kluft den Wert der Demokratie neu zu erklären und sich kritisch mit den Gefahren auseinander zu setzen.

Mitwirkung als Schlüssel für eine lebhaftere, streitbare Demokratie

Demokratisches Miteinander ist weder nur als Verfahren oder Institution zu denken, noch als losgelöste Lebensform. In dieser Dichotomie scheint die zu beobachtende Politikmüdigkeit als Ausdruck einer grundlegenden politischen Ratlosigkeit begründet zu sein. Demokratische Mitwirkung umfasst aber beides: eine – durchaus kritische – Beteiligung am System sowie das zivilgesellschaftliche Engagement. Ein „Masterplan“ zur Belebung der Demokratie muss sich daher gleichermaßen auf das System und auf die Gesellschaft richten. Hierzu müsste jedoch das Spektrum der Mitgestaltungsmöglichkeiten deutlich erweitert werden. Es gilt, verkrustete parteipolitische Machtstrukturen aufzubrechen und Dialogformate mit der Politik zu suchen, die aus dem virtuellen Internetraum herausführen. Es ist eine radikale „Verjüngungskur“ der Politik – möglicher Weise über eine „Jugendquote“ – zu diskutieren, um kritisches Denken anzuregen und neue Fragen aufzuwerfen. Politische Bildungsarbeit spielt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle, um junge Menschen zu empowern und zu befähigen, sich aktiv an Gesellschaft und Politik zu beteiligen. Denn die Vitalität der Demokratie besteht darin, Mut zum Handeln zu zeigen und dabei unterschiedliche Meinungen prinzipiell zuzulassen, auch wenn diese den eigenen Ansichten entgegenstehen.

Es gilt, Dialogformate zu suchen, die aus dem Internetraum herausführen.

Lebendige
Demokratie
braucht
lebendige
Demokra-
tinnen und
Demokraten,
die bereit sind
Verantwortung
zu über-
nehmen



Mehr Erfahrungsräume für Demokratie schaffen

In der Krise wird ein Paradox sichtbar, dass nämlich die demokratischen Grundwerte und Normen einerseits wichtig und weiterhin gültig sind, andererseits aber die Bereitschaft und Fähigkeit abnimmt, sich für diese zum Wohl der Allgemeinheit aktiv einzusetzen. Dabei ist nicht die Demokratie in Gefahr, sie muss nur revitalisiert werden. Hierzu reicht es aber bei weitem nicht aus, dass demokratische Strukturen und Institutionen als Rahmen weiterbestehen. Sie müssen sich für die Bedenken und Sorgen der Menschen öffnen, proaktiv den Dialog suchen und Mitwirkung ermöglichen. Denn Schlüsselfaktor für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen sind letztlich mündige, kritische Bürgerinnen und Bürger, die ihre Ideen in die Entscheidungsfindung, wie wir morgen friedlich miteinander leben wollen, einbringen und sich dabei mit den Werten der Demokratie identifizieren. Hierzu müssen jedoch deutlich mehr Erfahrungsräume im konkreten, persönlichen Lebensumfeld wie am Wohnort, in der Schule oder am Arbeitsplatz geschaffen werden.

Lebendige Demokratie braucht lebendige Demokratinnen und Demokraten, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen – gleichermaßen als politische Mandats-trägerInnen und als zivilgesellschaftliche AkteurInnen.

Weiterführende Literatur:

Leif, Thomas: Politikverdrossenheit. Vier Lösungsansätze. <http://www.carta.info/84436/politikverdrossenheit-vier-loesungsansaezte/>

Nida-Rümelin, Julian: Demokratie und Wahrheit. München 2006

TUI Stiftung: Junges Europa 2017. Was junge Europäer über Europa denken. <https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2017/05/Alle-Ergebnisse-der-Studie.pdf>

Vorländer, Hans: Demokratie in der Krise und doch die beste Herrschaftsform? <http://www.bpb.de/izpb/248593/demokratie-in-der-krise-und-doch-die-beste-herrschaftsform?p=0>



Eva Feldmann-Wojtachnia
Centrum für angewandte Politikforschung
CAP, Ludwig Maximilians Universität
München.

Deliberative Demokratie – Bürgerräte in Vorarlberg

Deliberative Verfahren setzen auf Argumente und Dialog. In Form von BürgerInnen- oder Zukunftsräten zur Anwendung gebracht, ergänzen sie die existierenden politischen Strukturen – vor allem auf kommunaler Ebene.

Wir leben schon in merkwürdigen Zeiten: auf der einen Seite wird der Ruf der Bevölkerung nach echter, demokratischer Teilhabe immer lauter. Die Teilnahme an Wahlen sowie an diversen Volksentscheiden, die durch bloße Ja/Nein-Beteiligung gekennzeichnet ist, wird zunehmend als unbefriedigend empfunden.

Zurecht wollen immer mehr Menschen an politischen Entscheidungen über Themen beteiligt werden, die über das Abstimmungsverfahren durch Wahlen nicht erreicht werden. Sei es bei der Beteiligung auf kommunaler Ebene, wo es etwa um die Gestaltung der örtlichen Infrastruktur geht, oder bei Fragen, die komplexere Vernetzungsstrukturen auf nationaler bzw. internationaler Ebene voraussetzen, wie etwa beim Klimaschutz oder der Ungleichheit zwischen Arm und Reich. All dies hat auch mit den Einflussfaktoren von mächtigen, nicht-politischen und meist ökonomisch motivierten Einzelinteressen in der Öffentlichkeit zu tun, was vielfach zu Recht als Zumutung empfunden wird.

Auf der anderen Seite ist eine besorgniserregende Entpolitisierung in Teilen der Bevölkerung beobachtbar. Durch die abstrakten – und durch die Digitalisierung der Medien zunehmend anonymisierten öffentlichen Kommunikationsstrukturen – leidet nicht nur das gesprochene Wort an teilweise massivem Qualitätsverlust, sondern auch die Transparenz des Zustandekommens demokratischer Einigungsprozesse.

Es geht also um die gesellschaftliche Re-Politisierung. Eine wichtige Frage dabei ist: Kann die Politisierung der Gesellschaft zu einem Entscheidungsverhalten führen, das nicht nur eigene Interessen und Befindlichkeiten widerspiegelt, sondern vor allem perspektivenüber-

greifende Inhalte transportiert und damit auch empathisch auf die Bedürfnisse und Interessen anderer Bezug nimmt?

Deliberative Demokratie

Eine Möglichkeit, wie das bewerkstelligt werden kann, ist die deliberative Demokratie. Im Unterschied zu anderen, etwa direktdemokratischen Beteiligungsformen, die deklarativ und konfrontativ sind, setzen deliberative Verfahren argumentative und dialogorientierte Kommunikationsstrukturen voraus.

Die Argumente der Beteiligten werden offen gelegt und durch Abwägen aus den verschiedenen Perspektiven der TeilnehmerInnen betrachtet. In dieser Hinsicht sind soziales Lernen und die Fähigkeit zur Urteilsbildung ausschlaggebend: die reflektierende Urteilskraft, die den eigenen Standpunkt mit den Perspektiven Anderer verbindet, ist ein wichtiger Aspekt im Meinungsbildungsprozess der Deliberation.

Bei Hannah Arendt bildet dieses perspektivenübergreifende Denken den Kern ihrer politischen Theorie. Es ergibt sich aus der Bedingtheit und Gegenseitigkeit von Individualität und einer pluralistischen Gemeinschaft. Nur in der Gemeinschaft ist das sinnvolle Artikulieren eines politischen Standpunktes möglich. Letzterer wiederum ist Ausdruck unserer jeweils spezifischen Einzigartigkeit. Indem wir unsere Erfahrungen und unser Wissen mit den Erfahrungen und dem Wissen Anderer verbinden, formen wir sowohl das politische Denken und Handeln der Gemeinschaft, das wiederum auf unser Denken und Handeln zurückwirkt. Und das ist auch – grob vereinfacht – der Punkt, an dem sich Freiheit bei Arendt verwirklicht. Dieser Begriff von politischer



Ergebnisse des Bürgerrats zum Asyl- und Flüchtlingswesen werden zur Diskussionsgrundlage für ganz Vorarlberg

Freiheit findet seinen Bezugspunkt in dem Bewusstsein, dass wir Menschen voneinander abhängig sind.¹

Was ist ein Bürger-/Zukunftsrat?

Diesem Verständnis vom Politischen folgen auch Patrizia Nanz und Claus Leggewie bei der Erörterung der Bürger- bzw. Zukunftsräte in ihrem jüngsten Buch „Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung“.²

Wie der Name schon impliziert, sollen Zukunftsräte zum einen generationenübergreifend Probleme und Konflikte lösen und so der kurzfristigen Gegenwartsfixierung der Berufspolitik entgegenwirken. Naheliegend geht es hier darum, Themen auf ihre Sozial- und Umweltverträglichkeit zu überprüfen. Zum anderen sind die Bürger- oder Zukunftsräte durch die verfassungsrechtliche Implementierung der Bürgerbeteiligung in Form der „Konsultative“ als vierte Gewalt gekennzeichnet. Sie haben den Vorzug, dass sie Themen aufgreifen können, die von den politischen Institutionen ignoriert werden und sind dazu geeignet, sich mit langfristigen Projekten – auch auf europäischer Ebene – zu befassen.

Nanz und Leggewie beschreiben den Zukunftsrat folgendermaßen: er ist eine dauerhafte Einrichtung einer Gemeinde, der wichtige Zukunftsfragen identifiziert und Lösungsvorschläge ausarbeitet. Einem Zukunftsrat gehören 15 bis 20 zufällig ausgewählte Personen an, welche die lokale Bevölkerung annähernd abbilden. Die TeilnehmerInnen werden per Los gezogen. Die Mitwirkenden treffen sich regelmäßig und erhalten eine maßvolle Aufwandsentschädigung. Die Amtsperiode des Zukunftsrates beträgt zwei Jahre, er wird von einem Team von hauptamtlich Tätigen in der kommunalen Selbstverwaltung mit Moderations- und Mediationserfahrung begleitet, die weniger an den Inhalten als vielmehr an der Form der Beratung und der Konfliktlösung interessiert sind. Die Zusammensetzung der Mediations- und Moderationsgruppen aus den verschiedenen gesellschaftlichen Spektren verhindert, dass sich ein dominierendes, partikulares Interesse durchsetzt.

Wie funktioniert ein Bürgerrat

Seit 2006 werden in Vorarlberg regelmäßig Bürgerräte auf Gemeinde-, Region- und Landesebene einberufen. Dazu wurde das

Demokratie tun



Der Ausspruch von Oskar Negt „Die Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss“, beweist gerade in Zeiten, wo es kaum um Inhalte, sondern um einen Wettstreit des Erscheinungsbildes von Politikern und Politikerinnen geht, seine Richtigkeit.

Das Interesse an der Gestaltung der eigenen Lebenswelt und der „Gestaltung von Welt“ muss geweckt werden und braucht Lernorte. Für mich persönlich war die Katholische Frauenbewegung ein solcher Ort. Hier war es möglich, gemeinsam mit Frauen unterschiedlicher persönlicher und politischer Herkunft ins Gespräch zu kommen, Aktionen mitzuorganisieren, sich öffentlich zu Wort zu melden, Ideen und Überzeugungen in der Auseinandersetzung mit anderen zu entwickeln. Diese Form des politischen Diskurses hat in der Katholischen Aktion eine lange Tradition: Sehen – Urteilen – Handeln. Die frühe Einübung in eine Diskussionskultur und das Wecken eines politischen Bewusstseins verdanken viele von uns den pädagogisch geschulten jugendlichen GruppenleiterInnen in den Jungschar- und Jugendgruppen. Von dieser kritischen Jugend wurden ideologische Barrieren übersprungen. Das christliche Engagement für Entwicklungszusammenarbeit ermöglichte Begegnungen und Bündnisse mit jungen AktivistInnen aus dem linken gesellschaftlichen Spektrum. Breite Vernetzung und öffentliches Auftreten wurden zu einer Selbstverständlichkeit. Das Eingebettet-Sein in einer empathischen Gruppe stärkt und befähigt, sich mehr zuzutrauen, als man es allein je tun würde.

Da wir wieder vor einer ähnlichen Regierungskonstellation stehen, erinnere ich mich daran, wie im Jahr 2000 von der blau-schwarzen Regierung mit Vehemenz soziale Errungenschaften in Frage gestellt und kritische NGOs durch Kontrolle mundtot gemacht werden sollten. In dieser für die engagierte Zivilgesellschaft bedrohlichen Situation formierte sich auch in den Kirchen Widerstand. In politischen Nachtgebeten wurden Aktionen geboren; am Stephansplatz trugen junge Theologinnen eine Frauen-Mahnrede wider die Resignation vor. Bei dieser Frauenrede waren die beiden befreiungstheologischen Ikonen Dorothee Sölle und Dolores Bauer am Stephansplatz unterstützend und bestärkend anwesend. Der Inhalt findet sich im Buch „Die Sprache des Widerstandes ist so alt wie die Welt und ihr Wunsch – Frauen in Österreich schreiben gegen rechts“. Dieses Buch wurde mit dem Bruno Kreisky Preis ausgezeichnet.

Die Wiederbelebung der Tradition politischer Nachtgebete, die dann in konkreten mutigen und widerständigen Aktionen Ausdruck findet, kann jetzt wichtig sein. Krisenhafte Zeiten sind immer ein guter Nährboden für Widerständigkeit, vielleicht bekommen gerade jetzt mehr Menschen Lust, Politik mitzugestalten. Denn ja, eines gehört unbedingt dazu, wenn wir Demokratie tun wollen – das Vertrauen in die Veränderbarkeit der Verhältnisse.

Traude Novy, ehrenamtliche Vorsitzende der Kath. Frauenbewegung Wien von 1998-2005, Vorsitzende von FAIRTRADE Österreich von 2001-2007, Gründungsmitglied von WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und Feministische Perspektiven und Vorsitzende des Vereins Joan Robinson - zur Förderung frauengerechter Verteilung ökonomischen Wissen.

„Büro für Zukunftsfragen“ eingerichtet. 2013 wurde die deliberative Demokratie in die Landesverfassung aufgenommen und Richtlinien zur Abwicklung der Bürgerräte verabschiedet. Nach dem Zufallsprinzip werden zwölf bis fünfzehn TeilnehmerInnen eines Ortes oder einer Region ausgewählt, die eineinhalb Tage miteinander arbeiten.

Im Juni 2015 wurde im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung ein Bürgerrat zum Asyl- und Flüchtlingswesen einberufen. Vor dem Hintergrund der völkerrechtlichen Verpflichtung, dass Vorarlberg Flüchtlinge aufnehmen muss, wurde vor allem die Frage gestellt, was einerseits seitens der Bevölkerung benötigt wird, um mit der Aufnahme von Flüchtlingen gut umzugehen, und andererseits, was von den Flüchtlingen erwartet werden kann. Die Frage wurde also sowohl an die „aufnehmende“ als auch an die „ankommende“ Seite gerichtet. Rund 20 % der TeilnehmerInnen mussten durch Personen mit Migrations- bzw. Flüchtlingshintergrund repräsentiert sein. Dazu wurde eine Steuerungsgruppe mit besonderer Moderationserfahrung, bestehend aus gemeinnützigen Vereinen und Zuständigen der Landesregierung, eingesetzt. Ziel des Bürgerrates war es, einen Prozess der Bewusstseinsbildung und der Empathiefähigkeit für Menschen mit Fluchthintergrund bei den Teilnehmenden in Gang zu setzen und Ideen und konkrete Vorschläge aus deren Sicht in den Diskussionsprozess aufzunehmen. Der Bürgerrat gliedert sich dabei in vier Stufen: dem Bürgerrat selbst, in dem gemeinsame Ergebnisse erarbeitet werden und der nicht-öffentlich ist, dem Bürger-Café, in dem diese öffentlich präsentiert und vertiefend diskutiert werden, der Resonanzgruppe, in der institutionelle AkteurInnen die Ergebnisse auf Verwertungszusammenhänge überprüfen, und der Dokumentation, die die Ergebnisse der bisherigen drei Stufen umfasst und als Grundlage für die Befassung des Landtages und der Landesregierung dient, die auch an die Gemeinden weitergeleitet wird. Auch die Ergebnisse des Bürgerrates zum Umgang mit Asylwerbenden wurden zur Diskussionsgrundlage für das gesamte Bundesland.

Die Moderationsfunktion des Bürgerrates zielt auf bestimmte Wirkungen bei den Teilnehmenden ab: Selbstwirksamkeit, Verbundenheit, Transparenz und Mobilisierung. Es geht darum, „sich informiert zu fühlen, die Möglichkeit der Mitsprache zu haben, ein Vertrauen, dass das eigene Handeln Wirkung zeigt sowie Teil

Die TeilnehmerInnen des Bürgerrates werden per Los gezogen und treffen sich regelmäßig.

einer Gruppe von Menschen zu sein, die sich des Themas annimmt.³

Angesichts von politischen Entscheidungen, die oft durch Hassrhetorik zustande kommen und die die Ohnmacht vieler Menschen darüber widerspiegelt, dass der Kontext ihrer Lebensrealitäten ausgeklammert bleibt, ist die eingangs erwähnte Frage nach der Empathiefähigkeit im politischen Denken und Handeln von großer Dringlichkeit. Der übliche Umgang mit Flüchtenden etwa ist dafür paradigmatisch. Auch deren Lebenszusammenhänge und Fluchtmotive bleiben im Dunkeln. Statt Debatten über (globale) Ressourcengerechtigkeit zu führen, versickern diese Anliegen in Begriffen wie die des Sozialschmarotzertums. Aber es gibt auch Anlass zur Hoffnung: Immer lauter werdende Fragen nach dem „guten Leben“, das politische Teilhabe und den sozial- und ökologieverträglichen Lebenskontext der Menschen miteinbezieht, können den Anfang eines neuen, politischen Denkens bilden. ●

1 Arendt, Hannah „Vita Activa oder vom tätigen Leben“ Piper Verlag 2013 (S. 219)

2 Nanz, Patrizia/Leggewie, Claus „Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung.“ Verlag Klaus Wagenbach, 2016

3 Zu den konkreten Ergebnissen dieses Bürgerrates sowie zu weiteren Infos dazu siehe dokubr_asyl1.pdf auf https://www.vorarlberg.at/vorarlberg/umwelt_zukunft/zukunft/buerofuerzukunftsfragen/neuigkeiten_ohnebild_/buergerbeteiligung/einfuehrung/partizipationsneuearbe.thm.



Eva Hruby hat Politikwissenschaft mit Schwerpunkt auf Internationale Beziehungen und Demokratie studiert und beschäftigt sich momentan insbesondere mit deliberativen Konzepten und der politischen Theorie bei Hannah Arendt.

Partizipative Entscheidungen in Organisationen

In unserer Arbeit mit Führungskräften begegnen wir vielen Menschen, denen Mitbestimmung und Mitverantwortung ein tiefes Anliegen ist. Sie berichten allerdings, wie schwierig sich die praktische Umsetzung von partizipativen Entscheidungsprozessen in ihrer Organisation gestalten kann.

Durch diese Erlebnisse von sind sie eher ernüchtert und oft skeptisch. Sie verstehen zwar vom Verstand her, dass die kollektive Intelligenz der individuellen überlegen sein müsste. Durch ihre Erfahrungen haben sie jedoch das Vertrauen in die Weisheit der Gruppe verloren oder gar nie bilden können.

Erfahrungen von Führungskräften

Wenn sie einen Vorschlag in eine Besprechung einbrachten und dafür plädierten, entstand bei einigen Beteiligten der Eindruck, dass die Entscheidung eigentlich schon gefallen und nur noch Zustimmung erwünscht ist. Auch wenn die Führungskraft beteuerte, für Beratung und Kritik durch die Gruppe offen zu sein, hielten sich die Anwesenden mit Kritik und Alternativvorschlägen zurück und übernahmen somit auch keine Mitverantwortung für die Entscheidung. Im Nachklang zur Besprechung hörten sie dann den Vorwurf der Pseudodemokratie oder des manipulativen Theaters.

Gingen sie allerdings ohne Vorschlag in die Besprechung und fragten nach Lösungsvorschlägen, entwickelten sich oft langwierige ineffiziente Diskussionen mit fragwürdigen Ergebnissen. Den Versuch, jeden Einwand und jede Befindlichkeit zu berücksichtigen und Entscheidungen im Konsens zu treffen, erlebten sie als sehr mühsam. Es schien dann manchmal so, dass manche aus Ermüdung auf ihre Wortmeldungen verzichteten und auch eine unbefriedigende Entscheidung zuließen, nur damit die Besprechung endlich zu Ende ginge. Nicht nur die Führungskraft war dann frustriert, dass trotz hohem Zeitaufwand keine gute gemeinsam getragene Entscheidung getroffen werden konnte.

Versuchte eine Führungskraft den Modus der Mehrheitsentscheidung, dann fiel zwar nach

einer zeitlich beschränkten Diskussionsphase rasch eine Entscheidung und erschien daher als effizientere Vorgangsweise. Aber da die Entscheidung die Beteiligten in GewinnerInnen und VerliererInnen spaltete, gab es trotz höherer Effizienz gravierende Nebenwirkungen. Die demokratische Mehrheitsentscheidung war dem Gruppenklima und dem gemeinsamen Commitment in der Umsetzung abträglich.

Gelingende Mitbestimmung

Aufgrund all dieser Erlebnisse werden wir als BeraterInnen oft mit der Frage konfrontiert, ob Mitbestimmung überhaupt für alle Seiten zufriedenstellend funktionieren kann. Oder ob eine Führungskraft nicht besser nach bestem Wissen und Gewissen allein entscheiden soll? Wir sind überzeugt, dass Mitbestimmung gelingen kann und gute gemeinsame Entscheidungen möglich sind.

Bei Grundsatzentscheidungen haben wir dabei gute Erfahrungen mit der soziokratischen Entscheidungsfindungsmethode gemacht. Ein Erfolgsfaktor ist dabei, dass nicht nach einem Konsens gesucht wird, bei dem möglichst alle Bedürfnisse zufriedenstellend berücksichtigt werden, sondern nach einem Vorschlag, zu dem alle Betroffenen ihren Konsent geben können. Konsent bedeutet, dass es keinen schwerwiegenden Einwand gegen einen Vorschlag gibt und er hinreichend gut ist, ihn umzusetzen.

Welchen Unterschied erleben wir, wenn es bei einer Entscheidung nicht darum geht, dass alle zu 100% dafür, sondern dass niemand stark dagegen ist? Erstens bringt das Herunterschrauben des Anspruchs, es allen recht zu machen, eine Entlastung und beugt auch der zeitlichen Überforderung in einer Besprechung vor. Zweitens werden durch leichte Bedenken

Eine Besonderheit der soziokratischen Entscheidungsfindung ist, dass immer alle reihum befragt werden.



und Einwände Entscheidungen nicht blockiert. Drittens wird durch den sorgfältigen Umgang mit schwerwiegenden Einwänden dafür gesorgt, dass nichts Wesentliches übersehen und somit möglichst gute Entscheidungen getroffen werden.

Als wichtige Spielregeln im Umgang mit schwerwiegenden Einwänden erscheinen uns: Schwerwiegende Einwände werden mit einer Haltung der Neugier begrüßt, da sie der Verbesserung des Vorschlags dienen. Da es um Grundsatzentscheidungen geht, müssen schwerwiegende Einwände mit Argumenten, die auf eine Gefährdung des Organisationszwecks oder konkreter Ziele hinweisen, gestützt werden. Der Organisationszweck bzw. die Ziele der Organisationseinheit müssen daher vorher allen klar sein. Solange der Einwand nicht entkräftet oder der Vorschlag auf befriedigende Weise abgewandelt ist, gibt es keine Entscheidung.

Eine Besonderheit der soziokratischen Entscheidungsfindung ist, dass immer alle reihum

befragt werden. Diese Struktur verhindert die Dominanz der Schnellen, Lauten und Eloquenten in einer Besprechung und ermöglicht das Hören der Wortmeldungen aller. Sie sorgt bei MitarbeiterInnen für eine hohe Zufriedenheit, da sie erleben, dass ihre Sichtweise wirklich gefragt ist und gehört wird.

Gute gemeinsame Entscheidungen

Für Führungskräfte bedeutet die Anwendung der soziokratischen Entscheidungsfindung, dass auf effiziente Weise Entscheidungen mit hoher Qualität und Commitment getroffen werden. Mitbestimmung ist also nicht nur eine Maßnahme zur Erhöhung der MitarbeiterInnenzufriedenheit, sondern ein höchst effektives und sinnvolles Verfahren der Organisationssteuerung. Voraussetzung dafür ist aber nicht nur ein klares Bekenntnis von Führungskräften zur Mitbestimmung, sondern auch die Entwicklung einer Partizipationskultur mit förderlichen Organisationsstrukturen und wohlüberlegten Besprechungs- und Entscheidungsformen. ●



Markus Hauser, Wirtschaftspsychologe, Psychotherapeut. Mitarbeiter der ksoe im Bereich Führung und Partizipation. Schwerpunkte: Konzeption und Durchführung von Führungskräfteprogrammen, Moderation von Klausuren und Großgruppenveranstaltungen, Selbstmanagement, Dialog.

Veröffentlichungen: Co-Creative Meetings. Practicing Consensual Effectivity in Organizations, gem. mit C. und H. Mandl. Springer Verlag (2012); Die schöpferische Besprechung. Kunst und Praxis des Dialogs in Organisationen, gem. mit C. und H. Mandl. EHP Verlag (2008)



Der Verein zur Förderung Politischer Bildung – Sapere Aude – bietet unterschiedliche Workshop-Formate zu Themen wie Demokratie, Religion und Politik oder Menschenrechte. Buch- und einsehbar: sapereaude.at

Videos: <http://like-it.wien>

PARTIZIPATIONSPROJEKT MIT LEHRLINGEN

Like it or change it

Demokratie lernen heißt Verantwortung übernehmen. Ein Partizipationsprojekt mit Lehrlingen am BFI begleitet durch den Verein für Politische Bildung, Sapere Aude.

Das Berufsförderungsinstitut hat 2016 ein Beteiligungsprojekt mit Lehrlingen gestartet. Unter dem Motto „Like it or change it“ bekamen Lehrlingsgruppen die Möglichkeit, in einem Drei-Schritt, sich mit politischer Mitbestimmung auseinanderzusetzen, miteinander zu diskutieren und eigene Forderungen gegenüber ihrer Ausbildungseinrichtung zu konkretisieren. An drei Workshop-Tagen haben sich die Jugendlichen nicht nur Gedanken über die Herausforderungen eines demokratisch organisierten Zusammenlebens gemacht, sie sind auch ihren eigenen Bedürfnissen und Möglichkeiten auf der Spur gewesen. Das Ziel des Workshops waren selbstgedrehte Videoclips, in denen die Lehrlinge sich als Whistle-Blower inszenieren und auf ihre Probleme am BFI hinweisen konnten. Gleichzeitig lautete die Vorgabe, dass auch eigene Lösungsansätze präsentiert werden sollten. Die Videos sollten dann bis März 2017 eingereicht werden. Auf der Abschlussveranstaltung im Mai wurden dann die Sieger/innenvideos, die mit Originalität, Kreativität und Umsetzbarkeit punkten konnten, prämiert. An der Umsetzung der prämierten Vorschläge wird gearbeitet und eine neue Runde an Workshops hat diesen Herbst gestartet.

Aus Perspektive der inhaltlichen Begleitung bieten Beteiligungsprojekte wie „Like it or change it“ viele Chancen. Der Kompetenzerwerb von Sprach- und Ausdrucksfähigkeit, die Möglichkeit, sich unterstützt mit komplexen Sachverhalten auseinander setzen zu können, ohne dass Leistungs- oder Hierarchiedruck herrscht oder einfach die Möglichkeit, Dinge zu fragen, die in der Lehrlingsausbildung sonst keinen Platz finden, sind Glanzlichter politischer Bildung. Fragen stellen zu können und Antworten zu bekommen, die auf Augenhöhe formuliert werden, das ist eine wichtige Voraussetzung gelungener politischer Bildungsarbeit. Nebenbei können Strukturen und Begriffe erklärt und Beteiligungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Teilhabe verlangt allerdings nach konkreter Umsetzung. Gerade in Projekten mit jungen Menschen muss sorgfältig darauf geachtet werden, dass ihre Ideen und Anliegen auch Niederschlag finden und nicht im Sand verlaufen.

Autorin:

Linda Kreuzer, Verein Sapere Aude

Demokratie lernen - mit sozialer Verantwortung!



Weil Demokratie „die einzige Staatsform ist, die gelernt werden muss“ (Oskar Negt), braucht es Räume, die dieses Lernen ermöglichen. Der Lehrgang Soziale Verantwortung befähigt BürgerInnen aus Ländern mit unterschiedlicher politischer Geschichte an der zukunftsfähigen Gestaltung von Demokratie aktiv mitzuwirken. Vielfältige Kompetenzen können dafür im Entwicklungsraum des Lehrgangs eingeübt werden.

Die revolutionärste Tat bleibt, so Rosa Luxemburg, zu sagen was ist. Die Einsicht in die bestehenden Verhältnisse und die Einsicht in die eigene Position in diesen Verhältnissen ist Kernanliegen demokratischer Bildung. Als roter Faden zieht sich die Analyse von gesellschaftlichen Zusammenhängen durch den Lehrgang; eng verknüpft mit dem sozialetischen Instrument der Reflexion der persönlichen Werte, der im jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld erlernten Wertesysteme und der Erarbeitung von Werten der sozialen Verantwortung. So wird im Lehrgangsverlauf der Weg von bislang eingenommenen Standpunkten zu einer reflektierten Positionierung für das gute Leben aller Menschen gegangen. Bei der Abschlusspräsentation des letzten Lehrgangs positionierten sich die AbsolventInnen mit dem Ausruf: „Wir sind visionäre WeltbürgerInnen!“.

Der demokratische Prozess verlangt Lösungen, die von einer breiten Basis getragen werden. Der Qualität von Kommunikation kommt daher eine entscheidende Bedeutung zu. Es braucht eine Dialog- und Konfliktkultur, die von einem klaren eigenen Standpunkt ausgeht und von Offenheit und Respekt getragen ist. Beim Lehrgang sind konstruktive Verständigung und Aushandlung wesentliche Lernelemente. Die öffentlichen Diskurscafés etwa bieten Gelegenheit, Diskursfähigkeit zu üben – als DiskursteilnehmerIn beim engagierten Argumentieren und Überzeugen und als DiskurscafémoderatorIn im achtsamen Steuern kontroverser, mitunter auch konflikthafter Diskussionen.

Wer Demokratie zukunftsfähig gestalten will, muss in der Lage sein, über das Bestehende hinaus zu denken. Festhalten an Mainstream-Theorien und Sachzwang-Mentalitäten sind dafür

NEUER LEHRGANG

ab 1.10.2018

startet der neue Lehrgang
Soziale Verantwortung
Gestaltungskompetenz für den
gesellschaftlichen Wandel.

Alle Informationen unter ksoe.at
+43-1-310 51 59

eine ebenso schlechte Basis, wie etwa der Glaube an die Alternativlosigkeit von ressourcenvernichtendem Wachstum, an die „natürliche“ Ungleichheit zwischen Reich und Arm oder die Rechtfertigung geschlechterhierarchischer Denkansätze. Hingegen verschafft der Blick auf nonkonformistische VordenkerInnen, alternative Theorien und auf konkrete, gelebte Praxen solidarischer Ökonomie und demokratischer Partizipation neue Einsichten. Im Lehrgang wird auf Gestaltungsräume für das Beschreiten neuer Wege geschaut. Mit ExpertInnen aus verschiedenen Ländern und Disziplinen wird gemeinsam an „Alternativen-Fähigkeit“ gearbeitet.

Die Erfahrung der Betroffenheit („so geht es nicht“) und die Erfahrung des Möglichen („so kann es gehen“) ermutigt zum demokratischen Handeln („da bin ich gefragt“). Um wirksam zu sein, sind vielfältige Handlungskompetenzen gefragt: die Fähigkeit, das eigene Machtpotential zu nutzen, aber auch den eigenen Handlungsspielraum realistisch einzuschätzen, die Fähigkeit sich Verbündete zu suchen, Betroffene zu beteiligen, aber auch mit Kritik und Widerstand umzugehen. Der Lehrgang bietet Impulse für politisches Engagement. Vertiefend erarbeiten die TeilnehmerInnen Projekte und setzen damit kraftvolle Zeichen lebendiger Demokratie.

Zukunft ist das Produkt gemeinsamer Anstrengungen. Es geht darum, die Zukunft demokratisch zu gestalten.

Autorin: Gabriele Lindner, ksoe

Demokratie in Gefahr

Über technologische Verwerfungen

Sicherheits- und Überwachungsdiskurse und populistische Anrufungen direkter Demokratie von Rechts, aber auch radikale Demokratieansätze und religiöse Fundamentalismen stellen weltweit faktisch oder utopisch ein Demokratiekonzept in Frage, das auf Repräsentation und Liberalität basiert.

Einem Großteil ist dies unserer eingewohnten Lebensweise geschuldet, das, was als okzidentaler imperialistischer Lebensstil zu bezeichnen ist.

Arrogante Lebensweise

Der Globale Norden bedient sich nach wie vor der ökologischen und sozialen Ressourcen des Globalen Südens; unsere eingewohnte Lebensweise von Produktion und Konsum greift ausbeuterisch auf Ressourcen, Arbeitskraft und Natur der restlichen Welt zu. Diesem Tat-Bestand entspricht eine ‚demokratische‘

nologie selbst aufzulösen. Mehr denn je gilt, was hellsichtig bereits vor 10 Jahren formuliert wurde: „Demokratie wird zurzeit letztlich über Sprechblasen aufrechterhalten. Die Medienöffentlichkeit, eine Art Zwischenreich, realisiert tagtäglich ein endloses Geschwätz, als ob wir alle mitreden würden, als ob wir beteiligt, als ob wir über alles informiert seien, als ob wir tiefste Einblicke bekämen in das, was läuft. Bis schließlich angesichts dieser Beanspruchung, von morgens bis abends Demokratie zu simulieren, es gar nicht möglich ist, Demokratie zu handeln. Unter diesem perfekten Schutz von simulierter Demokratie vollziehen sich zunehmend diktierte Prozesse. Diktiert nicht durch Führerfiguren, sondern über die Dinge selbst wirksam und – nach Maßgabe der Medien – über Mittelbarkeit, die unmittelbar wirkt, also schlicht über Technik“².

Simulierte Demokratie

Das aber ist den meisten Smartphone- etc.- UserInnen nicht bewusst. Deshalb initiierte die Arbeitsgruppe Demokratie braucht Bildung*, die sich mit regelmäßigen öffentlichen Veranstaltungen um die Verknüpfung kritischer Erwachsenenbildung mit Demokratiefragen bemüht, im Oktober 2017 eine Tagung mit aufklärenden Beiträgen zur Gefährdung des demokratischen Kerns der freien Rede durch Internet und Digitalisierung.

Noch vor wenigen Jahren wurde das Netz als Kraft der Sozialen Netzwerke für Demokratisierung gefeiert. Doch inzwischen haben Regierungen und Unternehmen aufgerüstet – Meinungsherstellung und diskursive Sabotage geht auch per Manipulations-Hightechsoftware: Cambridge Analytica etwa ist eine psychometrisch fundierte politische Werbung, die an das Persönlichkeitsprofil angepasst

Meinungsherstellung geht auch per Manipulations-Hightechsoftware

Überheblichkeit. „Die Demokraten, Menschen des Westens, gehören einer besseren Welt an, während die anderen von einer anderen Welt sind. Es handelt sich um eine Zone [in der man] seine Zeit damit verbringt seine Siebensachen zu packen um dem Grauen zu entfliehen. Und wohin? Zu den Demokraten natürlich. [Aber] Demokraten mögen nur Demokraten. Man soll ‚integriert‘ werden. Zwischen Gewehrsalven und den Landungen humanitärer Fallschirmjäger, zwischen Hungersnot und Epidemie studiere man den Leitfaden für Integrationswillige, das Handbuch des kleinen Demokraten!“¹. Das politische Modell Demokratie wird aber nicht nur von Innen und Außen kritisiert, es ist dabei, sich durch die Unterwerfung unter Tech-

wird und z.B. von einer Wahl abhalten will; Smart Information Flow Technologies nennt man eine KI (Künstliche Intelligenz)-Analyse von verdächtigen Meinungen und Verhalten anhand von Internetdaten wie Facebook-Likes und Emails; Bell Pottinger sind Suchmaschinen zur Tilgung unerwünschter Berichte, z.B. im Irakkrieg. „Es geht bei diesen Manipulationsversuchen immer darum, den anderen zu identifizieren, wer er ist, was er tut und was er will, und selbst nicht aus der Deckung zu kommen“ (Matthias Becker, Berlin). Gelingende Kommunikation, die auf einem Mindestmaß an Vertrauen auf die Identität des Gegenübers basiert, wird torpediert, denn man weiß nicht mehr, ob es sich um eine/n Gleichgesinnte/n, überhaupt einen Menschen oder um eine Software handelt.

Zudem ist das Aggressionspotential bei der Onlinekommunikation enorm hoch. Ohne Augenkontakt fallen alle Grenzen eines verträglichen Umgangs. Postings mit Beschimpfungen erhalten mehr Likes und in von Algorithmen sortierten Medien werden diejenigen mit vielen Likes noch mehr Menschen zugeführt, so Ingrid Brodnig (Wien). Eine antifeministische Liga in Deutschland, die aus ein paar hundert Männern bestand, konnte so den Eindruck einer empörten Massenbewegung vortäuschen. Überhaupt sind Frauen, speziell politisch engagierte Frauen, schwersten Beleidigungen, Gewaltfantasien und realen Bedrohungsszenarien ausgesetzt. Wehrhafte Strategien können die juristische Belangung der Üblen Nachrede, die Veröffentlichung der Hassreden, das Verfassen stärkender Postings und entwaffnender Humor sein. Resümierend wurde (angeregt von Andrea Mayer-Edoloeyi/Linz) festgehalten, dass das Internet eine Institution ist, die dringend der Entwicklung zivilisatorischer Regeln bedarf, wenn es demokratiestützend sein soll.

Pluto-Technokratie

Die Frage aber lautet doch: ist das innerhalb eines Systems überhaupt (noch) möglich, das als kapital-technologischer Komplex

Denn Technologie ist nie neutral, sondern immanent politisch.

CAPULCU PRODUCTIONS

die Politik dominiert und BürgerInnen-dasein existenziell bedroht? Big Tech wie Facebook, Google, Amazon, Apple haben seit Jahren ihr Ansehen, ihren Wert, ihre Marktdurchdringung gesteigert und Kritik an ihnen gilt quasi als Gotteslästerung. Menschen sind in der Systemlogik dieser riesigen Plattformen nur Ziffern, ihre Emotionen nur Mittel, über die man sie per Algorithmus manipulieren kann. Die Macht der Konzerne übersteigt heute die Macht jedes einzelnen Landes. Diese Unternehmen können mit anonymen Zahlungen ins politische System ihren Interessen Nachdruck verleihen und PolitikerInnen zu dieser oder jener Abstimmung bringen und missliebigen Gegenkandidaten Facebook-Trolle auf den Hals hetzen. Die Datenkonzerne sind zu den wertvollsten Unternehmen der Welt geworden. Der Kern ihrer Macht ist der Wert der von ihnen gesammelten Daten. Sie profitieren von all jenen Daten, die ihnen Nutzer durch ihr Such-, Kommunikations- und Konsumverhalten zur Verfügung stellen. Wenn wir nicht anfangen, die Maschinenherrschaft zu verweigern ist unsere Sozialität gefährdet und dann wird Demokratie tatsächlich zur Makulatur. ●

Literaturnachweise

- 1 Alain Badiou, S. 14: Das demokratische Wahrzeichen. In: Demokratie? Eine Debatte, Berlin 2012
- 2 Gerburg Treusch-Dieter, S. 27f: Demokratie: Selbstherrschaft oder Volksherrschaft? In: Birge Krondorfer et al (Hg.): Frauen und Politik. Nachrichten aus Demokratien. Wien 2008

* Aktuell besteht die Arge aus: arge region kultur, AK Niederösterreich, AK Wien, Frauenhetz, KFBÖ, ksoe, Joan Robinson, Transform.at, WIDE.



Birge Krondorfer, Politische Philosophin, universitäre Lehre, Erwachsenenbildung und Publikationen in den Bereichen Gender-, Kultur- und Bildungswissenschaften. Frauenpolitisch ehrenamtlich engagiert u.a. in der Frauenbildungswerkstätte Frauenhetz/Wien, der Plattform 20.000 Frauen, dem Verband feministischer Wissenschaftler_innen, der Arge Demokratie braucht Bildung.

Demokratie im Anthropozän: Was kann man tun?

Der Mensch ist zum wichtigsten Einflussfaktor auf Klima & Co. geworden. Kann im Rahmen unserer Demokratie für einen Interessensausgleich zwischen den jetzt Lebenden und den noch Ungeborenen gesorgt werden? Christoph Mandl engagiert sich dafür – teils mit ungewöhnlichen Aktionen.

Anthropozän ist das Zeitalter, in dem der Mensch selbst zum wichtigsten globalen Einflussfaktor auf die biologischen, geologischen und atmosphärischen Prozesse geworden ist. Als Beginn der Epoche wird gemeinhin das Jahr 1950 angenommen. Diese Entwicklung setzte indes bereits mit der industriellen Revolution und dem damit einhergehenden exponentiellen Wachstum von Kohleverbrennung sowie der Bevölkerung ein.

Demokratie, mit ihren typischen Merkmalen wie freie Wahlen, das Mehrheitsprinzip, Minderheitenschutz, Gewaltenteilung, Schutz der Grundrechte und Achtung der Menschenrechte ist noch vor dem Anthropozän entstanden, um einen gewaltfreien Ausgleich zwischen einander konträr gegenüberstehenden Interessensgruppen zu schaffen. Somit wird verhindert, dass eine Interessensgruppe so dominant wird, dass sie ihre Interessen zum Nachteil aller anderen voll durchsetzt.

Interessensausgleich

Aber wie sieht es mit dem Interessensausgleich zwischen den Lebenden und den noch Ungeborenen aus? Im Holozän, dem Zeitalter vor dem Anthropozän, war diese Frage unsinnig, denn es gab keinerlei Interessenskonflikt zwischen den Lebenden und den Ungeborenen. Um daher den noch Ungeborenen ein gutes Leben zu ermöglichen, genügte es, für Interessensausgleich zwischen den Lebenden zu sorgen.

Mit dem Anbruch des Anthropozän geht indes die gesellschaftliche Grundannahme, dass alles, was gut für uns Lebende auch gut für die noch Ungeborenen ist, den Bach runter. Die Demokratie sorgt zwar für den Interessensausgleich zwischen uns Lebenden,

ignoriert aber die Interessen der noch Ungeborenen vollkommen und zu deren Nachteil: Je mehr Wohlstand wir Lebenden miteinander anhäufen, desto mehr nehmen wir den noch Ungeborenen weg. Je mehr Ressourcen wir Lebenden verbrauchen, desto weniger bleibt den Ungeborenen. Je mehr fossile Brennstoffe wir verbrennen, desto geringer wird die Lebensqualität der Ungeborenen. Je mehr Klimaanlagen wir wegen des Klimawandels betreiben, desto mehr schmelzen die Polkappen, desto höher wird der Meeresspiegel und desto weniger Land steht den noch Ungeborenen zur Verfügung.

Die Demokratie im Holozän wurde für eine Welt geschaffen, in der die Natur zwar den Menschen beeinflusst aber nicht umgekehrt. Das ist im Anthropozän radikal anders. Der Generationenvertrag zwischen den Lebenden und den noch Ungeborenen wurde von uns Lebenden einseitig aufgelöst, da es keine Instanz gibt – auch nicht die UNO – die die Interessen der Ungeborenen vertritt.

Interessenskonflikt

Demokratien nehmen den Interessensausgleich zwischen Lebenden und Ungeborenen nicht wahr. Würde das demokratische Mehrheitsprinzip um die noch Ungeborenen erweitert werden, so hätten wir Lebenden kaum mehr etwas mitzureden, denn die Anzahl der noch Ungeborenen ist um ein Vielfaches größer als die Anzahl der Lebenden. Wir Lebenden könnten dann froh um den demokratischen Minderheitenschutz sein. Ist die Demokratie somit am Ende? Sind wir imstande politische Ordnungen zu schaffen, die für einen Interessensausgleich im größten Interessenskonflikt unserer Geschichte sorgen können? Auf den Aufstand der noch Ungeborenen werden wir vergeblich warten.

Christoph Mandl wurden mitunter auch schon Klagen angedroht. Das Symbolfoto zeigt eine EndeGelände-Aktion



Die noch Ungeborenen und ich

Dieser Interessenskonflikt ist mir bewusst und erscheint mir im Rahmen derzeitiger Demokratien nicht auflösbar. Ich versuche daher, mich mit den noch Ungeborenen zu verbinden, in dem ich mich bei meinen Handlungen und Entscheidungen auch von der Frage leiten lasse: Nützt dies oder schadet dies den Ungeborenen? Und ich erhebe meine Stimme, wenn durch Entscheidungen und Handlungen anderer den Ungeborenen Schaden zugefügt wird.

Daher habe ich Strafanzeige wegen Täuschung gegen den Vorstandsvorsitzenden der Verbund AG erstattet und öffentlich gemacht, dass die Verbund AG den physikalischen Unsinn über „klimaneutrales Gas“ verbreitet, um mehr Gewinn zu erwirtschaften. Daher habe ich Strafanzeige wegen Täuschung gegen den Geschäftsführer der Heizen mit Öl GmbH erstattet und öffentlich gemacht, da diese GmbH den Schwachsinn behauptet, dass moderne Ölheizungen klimaschützend seien. Daher habe ich in einem Artikel in einer österreichischen Tageszeitung dargelegt, wie egois-

tisch und unsinnig der Bau des Gaskraftwerkes Mellach war. Daher habe ich öffentlich darauf hingewiesen, dass das sogenannte Grünbuch für eine integrierte Energie- und Klimastrategie ein Gefälligkeitsgutachten im Interesse des österreichischen Kohlenstoffverbrennungskomplexes ist. Daher habe ich Aufsichtsräte und Eigentümervereine der OMV davon in Kenntnis gesetzt, dass die OMV nicht nur unternehmerischen Selbstmord auf Raten betreibt, sondern als größtes österreichisches Unternehmen ganz Österreich mitreißt, wenn sie unter dem Deckmantel der Versorgungssicherheit die Bedürfnisse der noch Ungeborenen völlig ausklammert.

Daher versuche ich, durch meine Handlungen Stachel im Fleisch der Interessensvertreter der Lebenden zu sein. Mitunter droht man mir mit Klagen, mitunter reagiert man gereizt, aber meistens ignoriert man mein Tun. Aber die Lebenden können mich nicht entmutigen, denn es sind die noch Ungeborenen, denen ich mich verbunden fühle.

Vertreten auch Sie die Interessen der noch Ungeborenen nachdrücklich und wirksam, und wenn nein, weshalb eigentlich nicht? ●



Christoph E. Mandl, Geschäftsführender Partner von Mandl, Lüthi & Partner; Gründungsmitglied von Global SoL; Privatdozent an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Wien mit Schwerpunkt Innovations- sowie Komplexitätsmanagement

Veröffentlichungen

G7-Beschluss zur Dekarbonisierung: Was folgt daraus für Österreich? www.mlp.co.at (2015)
Österreich ist kein Öko-Vorreiter mehr. Salzburger Nachrichten (17.11.2014)

Konflikt als Bestandteil und Chance von Politik

Konflikte sind per se nicht schlecht. Das gilt auch für die Arena des Politischen. Konfrontation bedeutet in diesem Sinne, zur Auseinandersetzung mit konflikthaften Themen anzuhalten.

Allen wichtigen Errungenschaften wie der Abschaffung der Sklaverei, der Zuerkennung von Rechten an die ArbeiterInnen, oder dem Wahlrecht für Frauen gingen konflikthafte Auseinandersetzungen voraus. Diese Errungenschaften wurden erkämpft und müssen in vielen Ländern noch immer erkämpft werden. Auch Umweltgesetze und die Verhinderung von umweltschädlichen Projekten basieren auf Widerstand. In Österreich etwa der Nicht-Einstieg in die Nutzung der Atomenergie oder die Nicht-Errichtung eines Kraftwerks in der Hainburger Au. Im Streit um eine dritte Startbahn für den Flughafen Wien hat erstmals eine Behörde ohne vorhergehende Volksabstimmung aus Umweltschutzgründen ein „Großprojekt“ verhindert. Wenn dem so bleibt! Die Auseinandersetzungen um die geplanten Freihandelsabkommen oder um die weitere Zulassung des Pflanzenschutzmittels Glyphosat in der EU gelten als aktuelle Beispiele, in denen Nicht-regierungsorganisationen zumindest partiell Unterstützung auch in Parlamenten finden. Wo liegen die Probleme?

Konflikte in Europa entzünden sich derzeit weniger an ökologischen Themen oder an der zunehmenden Vermögenskonzentration, sondern vielmehr an den Bereichen Migration und Flucht. Rechtspopulistische Parteien punkten mit Fremdenfeindlichkeit und haben Rassismus wieder salonfähig gemacht. Provokant ließe sich fragen, ob Vorfälle wie angezündete Flüchtlingsheime oder Übergriffe gegen MigrantInnen in der Öffentlichkeit auch zur politischen Sensibilisierung beitragen. Die Politik des „Wir schaffen das“ von Angela Merkel ist wohl auch als Reaktion auf brennende Asylheime in ihrem Land zu sehen. Und Bewegungen wie Anti-Pegida in Deutschland und SOS-Mitmensch in Österreich schaffen Gegenöffentlichkeit. Dieses Dagegen-Halten ist enorm wichtig. Eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin zufolge war in Deutschland der

Rechtsruck dort am stärksten, wo sich die Mitte-Parteien den Slogans der Rechtsparteien angepasst haben (Holzinger 2017a). Der Konflikt kann und muss hier genutzt werden, um Dämme gegen Inhumanität nicht brechen zu lassen. Auch wenn nun Abgeordnete ins neue österreichische Parlament eingezogen sind, denen ein Naheverhältnis zum Rechtsextremismus nachgesagt wird, war der Widerstand jener, die dagegen aufgetreten sind, nicht umsonst. Zum einen kommen die Beschuldigten in Argumentationsnotwendigkeit. Zum anderen: Stellen wir uns vor, es hätte niemanden gegeben, den dies aufregt.

Die Dilemmata der Politik heute

Dass in den Wahlkämpfen zuletzt die Themen Flucht und Migration einen überproportionalen Stellenwert eingenommen haben, woran die Medien auch ihren Anteil haben, ist aus politikwissenschaftlicher Sicht als Agenda-Verschiebung zu bezeichnen (Holzinger 2017b). Anstatt über Bedrohungen wie den Klimawandel, instabile Finanzmärkte, die Zunahme öffentlicher Verschuldung bei gleichzeitiger Anhäufung privaten Reichtums oder über die Steuerhinterziehung bzw. „steuerschonende“ Veranlagung großer Konzerne sowie von Privaten zu sprechen, die den öffentlichen Haushalten Steuerausfälle in Milliardenhöhe verursachen, wird über „Flüchtlingsströme“ und wie wir diese in Zukunft verhindern können, diskutiert.

Mit „Postdemokratie“ bezeichnet der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch die Entmachtung der Parlamente durch Finanzmarktakteure und Konzerne. Das öffentliche Thematisieren dieser „Plutokratie“ (Geoffrey Sachs) ist elementar für die (Wieder)-Belebung – manche sagen – Rettung der Demokratie. Wistleblowern und aufdeckendem Journalismus kommt dabei eine wichtige Auf-



„EndeGelände“-Aktionen richten sich gegen die großen CO₂-Produzenten (Aktion vom 25.8.2017)

gabe zu. Der Konflikt kann auch hier Auslöser dafür sein, das Verhältnis von Konzernmacht und Staat neu zu justieren. Dazu zählt etwa die sofortige Abschaffung aller Subventionen an jene Unternehmen, die den propagierten Klima- und Umweltzielen diametral entgegenstehen. Der Berliner Historiker Fabian Scheidler (2017) spricht von „Tributzahlungen“ an einen destruktiven Kapitalismus durch den Staat.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit brauchen ein klares Nein und dulden kein Verständnis. Zu analysieren ist aber, was autoritäre Einstellungen und den Rückfall in völkisches Denken fördert. Aus vielen Internetkommentaren spricht psychische Überforderung. Das geringe „Glücksniveau“ in unserer Konkurrenz- und Stressgesellschaft mag zusammenhängen mit dem „Raubbau an der Seele“ (Wolfgang

Schmidbauer) und der Vereinzelung. Studien über Resilienz und Salutogenese zeigen, dass Genussfähigkeit, Selbstwirksamkeit, nicht zuletzt Solidarität und Kooperation die Zufriedenheit und Widerstandskraft, damit auch Konfliktfähigkeit von Menschen erhöhen. Sie sollen, wenn nicht in die Verfassung, so doch in die Parteiprogramme aufgenommen werden. Dann lässt sich noch immer konstruktiv darüber streiten, was die besten Wege dorthin sind. ●

Zitierte Literatur

Crouch, Colin (2015): Postdemokratie. Frankfurt/M.
 Holzinger, Hans (2017a): Flucht und Migration im Kontext des modernen Sozialstaats. In: Zukunft Migration. JBZ-Arbeitspapier 37, Salzburg.
 Holzinger, Hans (2017b): Was Aufgabe der Politik ist. In: DIE FURCHE 21.9.2017
 Scheidler, Fabian (2017): Chaos. Im Zeitalter der Revolutionen. Wien.



Hans Holzinger, wissenschaftlicher Mitarbeiter und pädagogischer Leiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg, Mitherausgeber der Zeitschrift „PROZUKUNFT“.

Veröffentlichung

„Von nichts zu viel – für alle genug“ (2016) und „Wie wirtschaften – ein kritisches Glossar“ (2017). Mehr: www.jungk-bibliothek.org

Demokratische Nachhaltigkeitsrevolution?



In Debatten über die notwendige sozialökologische Transformation moderner Gesellschaften wird häufig eine positive oder gar notwendige Beziehung zwischen Nachhaltigkeit und Demokratie unterstellt: nur mit vertieften und radikalisierten demokratischen Strukturen würde der tiefgreifende Gesellschaftswandel gelingen können.

Diese Unterstellung ist richtig und falsch zugleich. Sie ist falsch, insofern sie die moderne, liberale Demokratie (und somit den einzig relevanten historischen Bezugspunkt) linear in eine „nachhaltige“ Zukunft projiziert. Denn die moderne Demokratie ist mit dem fossilen Energiesystem und mit dem wachstumsabhängigen kapitalistischen System koevolviert, also in gegenseitiger kausaler Abhängigkeit dazu entstanden. Sie ist institutionell darauf ausgerichtet, eine dynamisch wachsende und auf der Verbrennung immer größerer Mengen fossiler Energieträger basierende Ökonomie zu verwalten und die resultierenden sozialen und lebensweltlichen Probleme pragmatisch zu lösen. Das hat sie über viele Jahrzehnte sehr erfolgreich getan. Moderne Demokratie war von Anbeginn an „fossile Demokratie“ – eine Demokratie des exponentiellen Wachstums, der Nicht-Nachhaltigkeit

und des Raubbaus an der Biosphäre. Nur so konnte sie innere Stabilität gewährleisten.

Der große Trugschluss liegt nun darin, zu glauben, wir könnten dieses Demokratiemodell linear und bruchlos in eine „nachhaltige Gesellschaft“ überführen oder diese mit den Instrumenten liberaler Demokratie errichten. Denn liberale Demokratie verfügt nicht über die Institutionen und Entscheidungsinstrumente, um erstens den notwendigen radikalen Umbruch in den Produktionssystemen, Märkten und Konsumgewohnheiten aktiv herbeizuführen, und zweitens eine Gesellschaft stabil zu halten, die künftig ohne wirtschaftliches Wachstum auskommen wird müssen.

Dafür bedarf es eines anderen institutionellen Setups, letztlich einer radikal anderen Form der Demokratie.

Die Unterstellung, dass eine künftige nachhaltige Gesellschaft eine demokratische sein wird müssen, ist also andererseits richtig, insofern sie die künftige Demokratie und die künftige Gesellschaft als radikal von der heutigen unterschieden denkt: eine „nachhaltige“ Demokratie müsste die Art und Weise des Produzierens, Konsumierens und Verteilens von Gütern institutionell ins Zentrum rücken (und nicht an den Markt delegieren) und in der Lage sein, kollektive Entscheidungen über Dinge zu treffen, die wir heute als „privat“ einstufen würden, wie eben Konsum- und Lebensstile. Diese Demokratie wäre gewiss turbulenter und bräuchte andere Stabilisierungsmechanismen als das bisher allheilbringende Wirtschaftswachstum. Eine solche Demokratie wäre in der Tat revolutionär, denn sie hätte mit der heutigen so wenig gemein wie eine nachhaltige Gesellschaft mit dem heutigen Kapitalismus.

Autor: Daniel Hausknost ist Assistenzprofessor am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) der Wirtschaftsuniversität Wien.

Für eine demokratische Lebensmittelpolitik!

Eine Lebensmittelpolitik ist eine Politik, die das Ganze im Blick hat. Alles, was im Zusammenhang mit Lebensmitteln wichtig ist. Es geht um Landwirtschaft, um Agrarpolitik, es geht um Bäuerinnen und Bauern. Aber auch um jene, die es werden wollen und jene, die es waren: Wie geht es ihnen? Auch die Umwelt gehört dazu, ebenso die Gesundheit, die Handelspolitik und auch die Frage der Arbeitsrechte und die Frage, ob Lebensmittel tatsächlich für alle produziert werden. Alle Menschen essen (wenngleich bei genauerem Hinsehen große Ungleichheiten zum Vorschein kommen). Aus all diesen Gründen geht uns das alle an.

Lebensmittelpolitik ist nun kein Ideal, kein bloßer Wunsch. Lebensmittelpolitik wird tagtäglich gemacht. Der Begriff lädt dazu ein, sich näher Gedanken darüber zu machen, wie und von wem diese Politik gemacht wird. Aktuell steht vieles im Gegensatz zueinander. Das Recht des Stärkeren gilt. Die Handelspolitik geht etwa auf Kosten der bäuerlichen Landwirtschaft, der Umwelt und der Arbeitsrechte.

Und warum nun demokratisch? Diese Konflikte gehören diskutiert, als Grundlage für Lösungen und neue Perspektiven. Mit Blick aufs Ganze. Es geht um das „ganze Haus“. Diese Politik geht alle an. Demokratie ist dafür eine gute Grundlage.

Autor: Franziskus Forster, ÖBV-Via Campesina Austria



Politische Rahmenbedingungen demokratisch gestalten – für ein gutes Essen für alle Menschen. Die Klein- und Bergbäuer_innen Vereinigung ÖBV-Via Campesina setzt sich dafür ein.

<http://www.viacampesina.at>

LITERATUR

Führungsethik und Partizipation

Beteiligung schafft Verbindlichkeit und erhöht die Zufriedenheit der Betroffenen. Manchen Führungskräften ist es daher wichtig, durch die Einbeziehung der Betroffenen in Entscheidungsprozesse eine höhere MitarbeiterInnenzufriedenheit anzustreben. Aber gibt es auch eine ethische/moralische Verpflichtung, Mitbestimmung zu ermöglichen?

Man könnte sie aus der integrativen Führungsethik von Peter Ulrich ableiten. Ihm geht es dabei nicht um eine Individualethik, um einen Tugendkatalog für Führungskräfte, sondern er schlägt einen grundrechtorientierten Ansatz vor. Führungsethik bietet somit ein kritisch-normatives Orientierungswissen darüber, was die unbedingt zu wahrenen Normen und Grenzen legitimer Führungsmethoden sind. Sie ist ein Korrektiv angesichts der asymmetrischen Machtverteilung in Organisationen, die als funktionale Notwendigkeit begründet wird. So hat z.B. die personale Würde

eines jeden Menschen in der Organisation Vorrang vor jedem Nutzenargument, auch wenn damit höhere Kosten verbunden sind.

Da er Leistung als nichts Unmenschliches sieht, ist für ihn eine Synthese von Humanität und Effektivität durchaus möglich. Die Behandlung von MitarbeiterInnen als Subjekte sieht er als Bedingung für Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft. Deswegen spricht sich Ulrich vehement gegen die Instrumentalisierung und technokratische Verabsolutierung von Effizienzüberlegungen aus. Zu einer würdevollen Behandlung der MitarbeiterInnen als Person und nicht nur als Mittel zum Zweck gehört auch die Mitsprache bei Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen – auch wenn dann die Besprechungen länger dauern als bei reinen Befehlsausgaben.

Link: https://www.alexandria.unisg.ch/17243/1/B-68_PUlrich_2002.doc.pdf

Demokratie – unvollkommen schön



Margit Appel ist Politikwissenschaftlerin und Erwachsenenbildnerin, Mitarbeiterin der ksoe, ihre Arbeitsschwerpunkte sind Verteilungsfragen, Wirtschaftsweise, Demokratie

„Ohne Sorge-Tätigkeiten kann kein Wirtschaftsmodell und kein Gemeinwesen funktionieren“ (Margit Appel)

Worin besteht eine besondere Herausforderung unseres demokratischen Systems?

Ich bin immer wieder verblüfft, wie viel Anstrengung darauf verwendet wird, Menschen qua Beteiligung an Erwerbsarbeit in die Gesellschaft integrieren zu wollen. Und wie wenig Anstrengung wir unternehmen, Menschen als politische Subjekte in die Gesellschaft zu integrieren.

Müssen also Ausschlüsse aus demokratischen Verfahren stärker zum Thema gemacht werden?

Genau. Aufgrund unseres engen Arbeitsbegriffs zählt man durch die Beteiligung an noch so klima- oder die Gesundheit von Menschen schädigender Produktion, oder durch fast jegliche Form der Anhäufung von Vermögenswerten zu den gesellschaftlichen „LeistungsträgerInnen“. Man zählt aber nicht als Person, nicht als politisches Subjekt, ja nicht einmal durch die Wahrnehmung von Tätigkeiten, die mit der unmittelbaren Sorge um die Menschen und um die Welt zu tun haben.

Eine funktionierende Demokratie lebt von der Gewissheit, dass alle Menschen eines Gemeinwesens an für sie entscheidenden Fragen beteiligt werden. Da passt es nicht, die Ausübung politischer Rechte (wie derzeit) derart eng an die StaatsbürgerInnenenschaft zu knüpfen und diese dann auch noch als kaum erreichbares Gut auszugestalten.

Wie kann es gelingen, Demokratie zu stärken und funktionsfähig zu erhalten?

Jetzt ist viel von Politikverdrossenheit die Rede; davon, dass sich viele Menschen autoritärere Politikformen gut vorstellen können bzw. sich ihnen zuwenden. Ich glaube, das liegt daran, dass nicht nur wir einzelne BürgerInnen von neoliberalen Prozessen der letzten Jahrzehnte gezeichnet sind, sondern auch das politische System. Das gilt es immer besser zu verstehen und mit einer guten Mischung aus Geduld und Ungeduld uns selbst gegenüber an einer Re-Demokratisierung aller Lebensbereiche – und damit auch des politischen Systems – zu arbeiten. Demokratie finde ich, ist etwas sehr Schönes, etwas was uns Menschen würdig ist – daher aber auch immer unvollkommen, neu zu lernen und weiter zu entwickeln.

Direktdemokratische Beteiligungsformen sind konfrontativ – im Gegensatz dazu setzen sogenannte „deliberative Verfahren“ argumentative und dialogorientierte Kommunikationsstrukturen voraus.